



WIR KOCHEN, SIE ESSEN, GEMEINSAM HELFEN!

Matjesessen

16. Juni 2023, 18:30 Uhr

im Dorfgemeinschaftshaus in Sottrum

Hierzu laden wir Sie herzlich ein!



Als Gastrednerin haben wir **Dr. Thela Wernstedt, Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung** im Niedersächsischen Landtag, gewinnen können. Der Erlös geht in diesem Jahr an die **Aktion Tschernobyl-Hilfe e.V.** aus Hildesheim. Die Spenden werden für medizinische Hilfe, Krankenhausbetten, Lebensmittel, Wasserfilter, Hygieneartikel, Generatoren, Werkzeuge, warme Decken als Hilfslieferung an die seit mehr als einem Jahr im Krieg lebenden Menschen in der Ukraine verwendet.

Bitte helfen Sie auch dieses Mal! Mit 18 € plus Getränke pro Person tun Sie ein gutes Werk. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und werden Ihnen einen besonders schönen Abend bieten.

Die Anmeldung zum Matjesessen am 16.06.2023 um 18:30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus in Sottrum ist auch im Internet möglich!

Name:	Ortschaft:	E – Mail:	Telefon – Nr.:
Murad Esmail	Derneburg	mesmail@spd-holle.de	0162-9822302
Achim Bangel	Grasdorf	abangel@spd-holle.de	05062-2290
Ansgar Debertin	Heersum	adebertin@spd-holle.de	05062-9641924
Maike Gückel	Holle	gueckelm@spd-holle.de	0162-8546529
Sven Wieduwilt	Luttrum	swieduwilt@spd-holle.de	05062-963117
Simone Flohr	Sillium	sflohr@spd-holle.de	0176-64475605
Ute Witteczek	Sottrum	uwitteczek@spd-holle.de	05062-897920



Landrat Bernd Lynack

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Holle,

unsere Gesellschaft wäre um vieles ärmer, gäbe es nicht Menschen, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Dies gilt auch für Ihren Benefizabend, dessen Erlös in diesem Jahr der Tschernobyl-Hilfe zugutekommt. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine transportiert der Verein Lebensmittel und medizinische Hilfsgüter in die Kriegsgebiete. Damit steht der Verein und stehen Sie durch Ihre Benefizaktion für Hilfe, die direkt ankommt.

Anpacken, wo es nötig ist. Das haben auch unzählige Menschen getan, die Ukraine-Geflüchtete aufgenommen haben; die auch heute noch bei der Ankunft hier im Landkreis Hildesheim unterstützen; die spenden; die ehrenamtlich Sprachkenntnisse vermitteln, bei Behördengängen und Arztbesuchen begleiten; die ihre Herzen und ihre Arme öffnen, um unseren neuen Mitbürger*innen in unserer Mitte aufzunehmen. In Krisenzeiten müssen wir zusammenrücken und humanitäre Hilfe leisten. Weder die aktuelle Fluchtbewegung noch die Flüchtlingskrise 2015/2016 wären ohne dieses ehrenamtliche Engagement zu bewältigen gewesen. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich.

Die Kriegsauswirkungen stellen uns vor große Herausforderungen: Zusammen mit unseren Städten und Gemeinden sowie unzähligen ehrenamtlichen Kräften und Hilfsorganisationen schultern wir als Kreisverwaltung die Unterbringung der Geflüchteten, die uns zugewiesen werden. Hinzu kommen zunehmend Geflüchtete aus anderen Staaten, die ebenfalls Wohnraum benötigen. Leider sind die Vorbehalte gegenüber Asylsuchenden bei einigen Menschen groß. Doch es gibt keinen Unterschied zwischen Geflüchteten aus der Ukraine und anderen schutzsuchenden Weltbürger*innen – es gibt nur Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Heimat verlassen mussten und unsere Unterstützung benötigen, um hier Fuß zu fassen – in der Gesellschaft, im Beruf und in einer für sie neuen Kultur.

In Holle haben derzeit 60 Geflüchtete aus der Ukraine ein Zuhause gefunden, davon 25 junge Menschen unter 18 Jahren. Ich hoffe sehr, dass ihnen die Integration leicht gemacht wird und sie hier Freunde finden und am sozialen Leben teilnehmen. Wer seine Heimat und vielleicht sogar Angehörige oder nahestehende Menschen verliert, braucht einen sicheren Hafen und eine Perspektive. Ich bin überzeugt davon, dass Holle, aber auch der gesamte Landkreis für diese beiden Aspekte steht.

Ihr Bernd Lynack
Landrat

Bericht aus der Gemeinderatsfraktion

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in den Ausschüssen der Gemeinde Holle wurden in den letzten Monaten eine Vielzahl von Themen bearbeitet.

Im Bau- und Umweltausschuss ist der Neubau einer Mensa Thema. Ab 2026 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Aus Sicht der SPD-Fraktion muss für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung auch der zusätzliche Platzbedarf der Grundschule hierfür berücksichtigt werden.

Daher wurde von uns der Antrag gestellt, den Hartplatz auf dem Sportgelände des TUS Holle-Grasdorf in die Standortsuche für die Errichtung einer Mensa und weiterer notwendiger Räumlichkeiten mit einzubeziehen. Dieser Antrag belebte die Diskussion über weitere mögliche Standorte.

Die SPD Holle setzt sich seit Jahren für den Ausbau der Krippen- und Kitabetreuung ein, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist.

In der letzten Schul- und Jugendausschusssitzung wurde auf Initiative der SPD-Fraktion das Projekt „Café Kinderwagen“ des Landkreises Hildesheim vorgestellt. Das wöchentliche Treffen für Schwangere sowie Eltern mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren wird von einer Fachkraft geleitet. Fragen rund um die Kindesentwicklung aber auch zu finanziellen Unterstützungsangeboten können beantwortet werden. Mit dem „Café Kinderwagen“ möchte die SPD nun jungen Eltern den Zugang zu diesem Angebot in der Gemeinde ermöglichen und wird daher in der nächsten Sitzung des Ausschusses den Antrag zur Einrichtung des Treffs stellen.

Bereits im letzten Jahr wurde der Antrag gestellt, dass die Verwaltung prüfen soll, auf welchen gemeindlichen Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet werden können. Dies ist bisher nicht erfolgt. Die Gemeinde Holle sollte aus Sicht der SPD alle Möglichkeiten zur Stromerzeugung aus regenerativen Energien prüfen und wenn möglich nutzen.

Die SPD-Fraktion lehnt den Vorschlag der Verwaltung, einen Kreisel am Zimmerplatz zu bauen, ab. Sowohl die Straße Am Knick als auch die Marktstraße sind Landesstraßen. Aufwendungen für diese Straßen sind



SPD - Fraktionsvorsitzende
Maike Gückel

allein durch das Land Niedersachsen zu tragen. Das Land sieht aber zum aktuellen Zeitpunkt keine Notwendigkeit für den Umbau und würde sich daher auch nicht an den Kosten beteiligen. Die gesamten Kosten müssten deshalb aus den gemeindlichen Haushaltsmitteln finanziert werden. Diese stünden dann nicht für die Schaffung dringend benötigter Kinderbetreuungsplätze, den Neubau von Feuerwehrhäusern oder andere gemeindliche Bauprojekte zur Verfügung. Um die Verkehrssicherheit für Fußgänger zu erhöhen, wären eine Ampelanlage oder ein Zebrastreifen deutlich günstigere Alternativen.

Mehrere Ortsräte unserer Gemeinde fordern Tempo 30 für ihre Hauptverkehrsstraßen. Die Forderungen haben im Hinblick auf die Verkehrssicherheit für Fußgänger ihre Berechtigung. Aber weder die Gemeinde noch der Landkreis können diesen



Forderungen entsprechen. Grund hierfür ist § 45 der Straßenverkehrsordnung, der die Entscheidungsfreiheit der Städte und Kommunen bei der Anordnung von Tempolimits massiv einschränkt. Unter anderem um diesen Paragraphen zu ändern, hat sich die Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ gegründet. Dieser haben sich bereits 684 Kommunen, Städte und Landkreise angeschlossen. Die Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts nach eigener Notwendigkeit anordnen können. Die SPD-Fraktion hat daher den Antrag gestellt, dass die Gemeinde Holle Mitglied dieser Initiative wird.

Maike Gückel, Fraktionsvorsitzende

Gastbeitrag unseres Bundestagsabgeordneten Bernd Westphal zur Energiewende

Das Pariser Klimaabkommen gibt uns den Weg vor: Wir müssen fossile Energieträger, Infrastrukturen und Technologien innerhalb einer Generation ersetzen. Die Transformation ist kein technisches Projekt, sondern ein soziales und klimapolitisch notwendiges Projekt für das wir uns demokratisch entschieden haben. Wir als SPD-Bundestagsfraktion arbeiten konkret, lösungsorientiert und pragmatisch an der Umsetzung hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor einem Jahr haben wir alles dafür getan, dass Energie bezahlbar bleibt und niemand überfordert wird. Wir haben drei Entlastungspakete in Höhe von fast 100 Milliarden Euro geschnürt und einen Abwehrschirm im Umfang von 200 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, um die Energiepreise zu senken.

Unser klares Ziel ist es, dass die Transformation hin zu einer klimaneutralen, digitalisierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelingt. Der Staat sollte sich grundsätzlich auf zügige Planungs- und Genehmigungsverfahren fokussieren und als „Ermöglicher“ wichtiger Transformationsprojekte (Aufbau von Speicherkapazitäten, Wasserstoffhochlauf, bezahlbare Energiepreise etc.) fungieren.

Klar ist: Nur mit dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien und einem ambitionierten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft können wir unsere Energieversorgung nachhaltig ausrichten. Im Deutschen Bundestag haben wir bereits im letzten Jahr beschlossen, dass die Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und unserer Sicherheit dienen. Zudem haben wir die Ausbauziele deutlich erhöht. Bis 2030 werden wir pro Tag 4-5 neue Windkraftanlagen in Deutschland errichten müssen. Die Kommunen, die vom Ausbau der Erneuerbaren Energien vor allem finanziell profitieren, spielen dabei eine zentrale Rolle. Hinzukommt, dass wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren bereits beschleunigt haben und weitere Solar- und Windpakete in Arbeit sind. Die Energiewende ist aber nicht nur eine „Stromwende“. Gerade im Wärmebereich liegt noch sehr viel Arbeit vor uns.



Bundestagsabgeordneter Bernd Westphal

Mehr als 80 Prozent der Wärmenachfrage wird aktuell noch durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern gedeckt. Das sogenannte Gebäudeenergiegesetz (GEG), das ab dem 01. Januar 2024 vorsieht, dass von 2024 an möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll, hat in den letzten Wochen viel Aufmerksamkeit erregt. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es vor allem wichtig, den Menschen die Wärmewende zu ermöglichen. Dafür müssen Förderungen stärker die wirtschaftliche Situation der Eigentümerinnen und Eigentümer berücksichtigen.

Im Zentrum der Transformation steht der Mensch. Ohne Fachkräfte und eine Politik, die die Fachkräftesicherung für die Transformation priorisiert, sind alle Konzepte das Papier nicht wert auf dem sie geschrieben sind. Es müssen zehntausende Windräder und Photovoltaikanlagen gebaut und angeschlossen werden. Der Bau der Stromtrassen und Schienenwegen muss ebenfalls vorangetrieben werden. Eine neue Deutschland-Geschwindigkeit ist deshalb dringend geboten.

Die Menschen erwarten zurecht, dass wir dem Frieden in Europa wieder näher kommen, den Weg hin zur Klimaneutralität konsequent weiter gehen, gute Arbeit ermöglichen und soziale Sicherheit schaffen sowie eine moderne Wirtschaftspolitik organisieren. Dafür werden wir uns als SPD-Bundestagsfraktion weiter mit voller Kraft einsetzen.